

VERKEHRSPOLITIK

## Großer Aufwand für Lkw-Maut

Die geplante Einführung einer entfernungsabhängigen Autobahngebühr für Lkw kostet zunächst Geld: nach Berechnungen von Verkehrspolitikern bis zu 600 Millionen Mark im ersten Jahr für die Überwachungssysteme. So müssten an deutschen Grenzen womöglich Stationen aufgebaut werden, an denen selten durch Deutschland fahrende Lkw mobile Messgeräte empfangen und abgeben sollen; alle Dauerfahrer müssten mit festen Sendern ausgestattet werden, die zurückgelegte Strecken melden. Weitere Kosten entstünden durch neues Personal für die Verwaltung, das Inkasso und die Kontrolle der Lastwagen. Doch der Aufwand rechnet sich: Pro Pfennig der geplanten Lastwagen-Maut kalkuliert Berlin mit Gesamteinnahmen von rund 220 Millionen Mark. Bei einer derzeit diskutierten Gebühr von 25 Pfennig pro Kilometer für Lkw mit über zwölf Tonnen kämen Einnahmen von bis zu 4,9 Milliarden Mark jährlich zusammen – netto, nach Abzug der Kosten.

Lkw auf der Autobahn



ARGUM

E-COMMERCE

## Besseres Image, kaum Umsatz

Mittlerweile hat die Ernüchterung im Internet-Geschäft auch die Führungsebene der Wirtschaft erreicht. Nur wenige Unternehmer machen sich Hoffnung, durch den elektronischen Handel bald nennenswerte Umsätze zu erwirtschaften. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls eine Studie der Frankfurter Unternehmensberatung Consulting Partners, die 1308 Führungskräfte in Deutschland, Österreich und der Schweiz befragt hat. Tenor der Analyse: „From E-Vision to E-Reality“. Demnach erwarten über 45 Prozent der Manager, dass E-Commerce auf absehbare Zeit ihr Geschäft nicht nennenswert beflügeln wird. Drei von vier Firmen, die bereits Umsätze per Internet erzielen, kommen auf einen E-Commerce-Anteil von bis zu zehn Prozent. Obwohl nur rund 30 Prozent der befragten Unternehmen daran glauben, dass ihr Umsatz in Zukunft wachsen wird, wollen trotzdem knapp 55 Prozent auch ohne Aussicht auf Gewinne ins Internet investieren – nur weil sie nicht hinter den Wettbewerbern zurückstehen wollen. Als wichtigstes Ergebnis ihrer bisherigen Online-Aktivitäten bezeichneten die Manager, dass sie so das Image ihres Unternehmens verbessern konnten. Eilig sind sich die meisten in der Ansicht, dass das Internet nicht die traditionellen Kundenkontakte ersetzen kann.

EUROPÄISCHE UNION

## Billige Bananen kosten Millionen

In der Europäischen Union gerät der regulierte Bananenmarkt außer Kontrolle. Mit falschen Lizenzen für Importe aus Südamerika hat allein ein sizilianischer Importeur, wie die Anti-Betrugseinheit der Kommission herausfand, in den vergangenen zwei Jahren fast 200.000 Tonnen so genannter Dollar-Bananen in die EU gebracht. Die Union hat seit 1993 auf Druck Frankreichs die Einfuhr von Bananen aus Mittel- und Südamerika kontingentiert und darüber hinausgehende Importe mit hohen Abgaben belegt. Damit soll der Bananen-Absatz aus den so genannten AKP-Staaten – das sind vorwiegend die ehemaligen französischen Kolonien in Afrika und in der Karibik – gesteigert werden. Der schwarze Import, der nicht

nur über italienische, sondern auch über spanische Häfen abgewickelt wird, läuft immer nach dem gleichen Muster ab. Bestechliche Beamte der nationalen Vergabestellen stellen Original-Importlizenzen gleich in doppelter Ausfertigung aus, die Importeure sparen Lizenzgebühren und Zölle. Die illegale Bananeneinfuhr hat den Kilopreis inzwischen um bis zu 40 Pfennig gedrückt. Was den Verbraucher freut, kommt den europäischen Steuerzahler teuer zu stehen. Der Preis der AKP-Bananen wird von Brüssel garantiert, die Differenz zum sinkenden



BILDBERG

Bananenplantage in Costa Rica

Marktpreis durch steigende Subventionen aus dem EU-Haushalt ausgeglichen – mit inzwischen über 500 Millionen Mark jährlich.